

Landtagsinfo vom 16.09.2019

Uli Sckerl MdL



Liebe Freundinnen und Freunde,

wir starten frisch aus der Sommerpause mit neuem Elan und widmen uns in der kommenden Woche im Rahmen der Fraktionsklausur unseren künftigen Schwerpunkten. Wir diskutieren, wie eine umfassende Innovationspolitik für Baden-Württemberg aussehen muss und debattieren, wie ein noch besserer Klimaschutz in der Landwirtschaft gelingen kann.

Für heute mit sehr herzlichen grünen Grüßen,
Euer Uli

Aus der Landespolitik

Winfried Kretschmann bewirbt sich erneut als Ministerpräsident

Die meisten von euch haben es sicherlich schon mitbekommen: Unser Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der beliebteste Ministerpräsident der Republik, wird sich bei der kommenden Landtagswahl erneut für das Amt als Ministerpräsident von Baden-Württemberg bewerben. Ich freue mich sehr! Winfried Kretschmann ist ein hervorragender Ministerpräsident für Baden-Württemberg. Er ist der richtige Spitzenkandidat für eine ambitionierte grüne Partei, eine Partei, die gern Verantwortung übernimmt, eine Partei, die noch viel vorhat.

Vor dem Hintergrund des tiefgreifenden Wandels in unserer Gesellschaft braucht es Maß und Mitte – und eine solche Politik verkörpert niemand mehr als Winfried Kretschmann. Hinzu kommt: Die Klimakrise wird immer drängender. Und machen wir uns nichts vor: Ohne einen grünen Ministerpräsidenten wird in Baden-Württemberg beim Klimaschutz nichts vorangehen.

Warum und wofür er wieder antritt, erläutert er in einem Brief, den ihr auf <http://winfried-kretschmann.de/brief-an-die-buergerinnen-und-buerger/> lesen könnt.

Massives Insektensterben auch in Baden- Württemberg

Nur 5 Gramm Insektenbiomasse pro Tag landete im Jahresdurchschnitt in den landesweit aufgestellten Insektenfallen. Das erste Zwischenergebnis des Insektenmonitorings alarmiert und schockiert, denn es zeigt erneut: Auch in Baden-Württemberg geht die Zahl der Insekten massiv zurück.

Dieser Befund gleicht den Ergebnissen einer Studie von Krefelder Experten, die vor zwei Jahren für Aufsehen sorgte und einen Rückgang der Biomasse in den vergangenen drei Jahrzehnten um bis zu 80 Prozent feststellte.

Das Insektenmonitoring Baden-Württembergs startete im Sommer vergangenen Jahres im Auftrag des Umweltministeriums und wird in Zusammenarbeit mit der Landesanstalt für Umwelt und dem Naturkundemuseum durchgeführt. Die ersten Ergebnisse beziehen sich auf gut die Hälfte der 191 Flächen, die insgesamt untersucht werden sollen. Bis zur vollständigen Kartierung werden zwei weitere Jahre vergehen.

Weiterführende Informationen findet ihr auf der Seite des Umweltministeriums von Baden-Württemberg: <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/studie-der-lubw-landesanstalt-fuer-umwelt-zeigt-massives-insektensterben-in-baden-wuerttemberg/>

Grüne lehnen Umsatzsteuer für Weiterbildung klar ab

Die GroKo plant, viele Weiterbildungskurse an Volkshochschule zu besteuern. Für rund zwei Millionen Teilnehmerinnen und Teilnehmer von VHS-Kursen in Baden-Württemberg würden dadurch die Gebühren steigen. Das lehnen wir Grüne klar ab. Eine Neuregelung der Umsatzsteuer darf nicht die Weiterbildung treffen. Das ist in Zeiten, in denen lebenslanges Lernen von enormer Bedeutung ist, ein völlig falsches Signal. Die Ablehnung wird von der baden-württembergischen Landesregierung insgesamt getragen.

Bundesratsinitiative zur Umsatzsteuerbefreiung

Es gibt bereits eine Bundesratsinitiative des Landes zur Umsatzsteuerbefreiung, um eine Benachteiligung der Volkshochschulen, der Musikschulen und anderer Bildungsträger zu verhindern. Wir sind zuversichtlich, dass wir uns damit durchsetzen werden. Denn die Weiterbildung leistet einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Allein bei den 169 auch von den Gemeinden finanzierten Volkshochschulen in Baden-Württemberg müssten als Folge einer Umsatzbesteuerung mehr als 2 Millionen Menschen künftig 19 Prozent mehr für die Kurse bezahlen.

Bildungsausgaben in Baden-Württemberg höher als Bundesdurchschnitt

Erfreuliche Nachrichten aus Baden-Württemberg: Laut Statistischem Bundesamt gibt Baden-Württemberg für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende im deutschlandweiten Vergleich überdurchschnittlich viel Geld aus.

Die Ausgaben in Baden-Württemberg beliefen sich im Jahr 2016 auf 9800 Euro pro Schülerin und Schüler sowie Studentin und Student. Der Bundesdurchschnitt lag währenddessen bei 9700 Euro.

Auch mit Blick auf die Klassengröße wird Baden-Württemberg ein gutes Zeugnis attestiert. Lag der Bundesdurchschnitt bei 20,9 Schülerinnen und Schüler pro Klasse, waren es in Baden-Württemberg nur 19,5. Die Zahlen beziehen sich auf die Stufen eins bis vier. Kleinere Klassen

konnten nur Rheinland-Pfalz (18,66) und Niedersachsen (18,9) vorweisen.

Im Sekundarbereich, welcher meist die Klassen 5 bis 10 umfasst, zeigt sich ein ähnliches Bild. Auch hier lag Baden-Württemberg unter dem Bundesdurchschnitt, mit 23,4 Schülerinnen und Schülern im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt von 23,9 Schülerinnen und Schülern.

Neben den Zahlen des Statistischen Bundesamts hat auch die Vergabe der begehrten Exzellenztitel im Juli dieses Jahres bewiesen, dass das Geld für Bildungsaufgaben im universitären Bereich in Baden-Württemberg gut angelegt ist. Vier von 11 Titeln gingen nach Baden-Württemberg: an die Universitäten in Heidelberg, Konstanz, Tübingen, Karlsruher Institut für Technologie.

Mehr Verurteilungen in Baden- Württemberg

Im vergangenen Jahr wurden 104 797 Männer und Frauen im Land verurteilt - rund 4100 Fälle bzw. 3,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Einen Zuwachs in dieser Größenordnung wurde zuletzt 2004 verzeichnet. Der Anstieg der Verurteilungen geht auch auf die Aufstockung des Personals bei Gerichten und Staatsanwaltschaften zurück. In dieser Legislaturperiode wurden 150 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen. Bei der Betrachtung nach den Kriterien Alter und Geschlecht fällt auf, dass der Anstieg am stärksten Jugendliche im Alter von 14 Jahren bis unter 18 Jahren betrifft. In dieser Gruppe ist die Zahl der Verurteilten um 6 Prozent gestiegen. Weniger als jeder fünfte Schuldspruch galt einer Frau. Anders formuliert: In der Hauptsache sind es Männer, die insbesondere für solche Straftaten verantwortlich sind. Der Anteil ausländischer Verurteilter wuchs aus den unterschiedlichsten Gründen von 39,9 auf 41,2 Prozent. Man muss aber bei der Bewertung des hohen Anteils von Migrant*innen, wissen, dass es um Straftaten geht, die Deutsche gar nicht begehen können, beispielsweise Verstöße gegen das Ausländergesetz. Außerdem gehen in die Statistik auch Schuldsprüche gegen Kriminelle ein, die eigens für ihre Raubzüge einreisen. Auch die Bevölkerungsentwicklung muss berücksichtigt werden. Die nichtdeutsche Bevölkerung im strafmündigen Alter wuchs um 4,2 Prozent, die deutsche ging hingegen leicht zurück. Zudem ist der Anteil junger Männer ohne deutschen Pass besonders deutlich gestiegen. Die Gruppe der jungen Männer ist laut Sckerl genau jene Gruppe, die überproportional häufig kriminell wird, ganz gleich welcher Herkunft.

Im Bereich der Betäubungsmittelkriminalität ist die Zahl der Verurteilungen um 7,7 Prozent gestiegen. Die Bandbreite hierbei ist sehr weit. Eine Freigabe von Cannabis würde die Justiz sicherlich entlasten. Die Zahl der Verurteilungen wegen Sexualstraftaten ist erneut stark gestiegen, um ganze 22,2 Prozent. Rund 75 Prozent des Anstiegs gehen auf Änderungen im Strafrecht zurück. Im November 2016 wurden neue Straftatbestände aufgenommen, um die Rechte der Opfer sexueller Gewalt zu stärken.

Die ausführliche Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes, inklusive aller Zahlen, kann hier aufgerufen werden
<https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2019230>

Mehr Geld und Personal für Jugendhilfe

Vor dem Hintergrund der laufenden Beratungen über den Etat des Landes für 2020 und 2021 und der schrecklichen Missbrauchsfälle in Staufen haben wir unsererseits Forderungen vorgelegt. Wir müssen und wollen schon im kommenden Doppelhaushalt einen Schwerpunkt beim Thema Schutz vor Gewalt setzen.

Dafür bedarf es mehr Mittel für Therapie, Frauen- und Kinderschutz. Außerdem fordern wir strengere Vorgaben für Jugendämter und andere Behörden. Die Jugendhilfe gehört zur Aufgabe der Landkreise, das Land kann ihnen also nicht vorgeben, wie viel Personal sie einstellen und wie es eingesetzt wird. Wir brauchen dringend personelle und fachliche Standards für alle Jugendämter, deren Einhaltung auch regelmäßig überprüft wird. Das dient nicht zuletzt dazu, Jugendämter vor Budgetkürzungen und Vorwürfen zu schützen. Genauso wichtig sind ausreichend Geld und Personal für Therapie und Kinderschutz sowie Lockerungen beim Datenschutz, um Tätern leichter auf die Spur zu kommen.

Als Bürgerrechtspartei wollen wir selbstverständlich die Menschen vor allzu neugierigen Blicken des Staates schützen – weshalb wir zum Beispiel Online-Durchsuchungen durch die Polizei ablehnen. Doch der Schutz vor Missbrauch muss möglich sein. Bisher bekommen die Behörden in Deutschland oft Hinweise zum Beispiel aus den USA, wenn es um Kinderpornografie im Netz geht, denn bei uns dürfen Verbindungsdaten von Internetnutzerinnen und -nutzern nicht gespeichert werden. Aus gutem Grund: Es geht um Milliarden von Verbindungsdaten, die zu 99 Prozent grundlos erfasst werden würden. Das ist mit dem Persönlichkeitsschutz nicht vereinbar. Dennoch müssen wir bei Verdachtsfällen von Kinderpornografie einen angemessenen Weg finden, um an die Täter heranzukommen: Deutsche Internet-Service Provider sollten daher verpflichtet werden, im Verdachtsfall einen entsprechenden Hinweis an eine zentrale Stelle zu melden.

Fotografieren unter Röcke soll bestraft werden

Das Fotografieren unter Röcke und Kleider soll in Zukunft mit bis zu zwei Jahren Gefängnis oder einer Geldstrafe geahndet werden. Bisher ist das sogenannte Upskirting – das unbefugte Fotografieren unter Röcke und Kleider von Frauen - in der Regel nicht strafbar - es sei denn, das Opfer hält sich in einer Wohnung auf und die Aufnahmen verletzen den höchstpersönlichen Lebensbereich.

Die Regierungskoalition in Baden-Württemberg, hat deshalb gemeinsam mit den Regierungen in Nordrhein-Westfalen und Bayern die Initiative ergriffen und einen Gesetzesentwurf im Bundesrat vorgelegt, mit dem Upskirting unter Strafe gestellt werden soll. Bisher gilt dies nur als Ordnungswidrigkeit. Das bietet jedoch keinen effektiven Schutz. Künftig gilt: Wer absichtlich eine Bildaufnahme des

Intimbereichs einer anderen Person unbefugt herstellt, indem er unter deren Bekleidung fotografiert oder filmt, soll künftig mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe bestraft werden können. Die Strafe droht auch Menschen, die solche Aufnahmen im Internet teilen oder per Messenger verschicken.

Solch ein demütigendes, herabwürdigendes und frauenfeindliches Verhalten ist absolut inakzeptabel, denn wer so etwas tut, verletzt rücksichtslos das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung der Betroffenen.

Schulpolitik

Mit dem Schulstart am vergangenen Mittwoch liegt der öffentliche Fokus wieder verstärkt auf den offenen Lehrer*innenstellen. Keine zufriedenstellende Situation, vor allem für die etwa 94.000 Erstklässler*innen an den baden-württembergischen Grundschulen. Wir als Land Baden-Württemberg haben zum Schulstart 2017 insgesamt 740 zusätzliche Deputate geschaffen, 160 davon für die Grundschulen im Land.

Neue Studie der Bertelsmann-Stiftung zum zukünftigen Stellen-Bedarf

Diskutiert wird auch die nötige Zahl der zukünftigen Stellen. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hatte im vergangenen Oktober einen bundesweiten Mangel von 15.300 Grundschullehrern im Jahr 2025 errechnet. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung kommt zu einem anderen Ergebnis: Bundesweit bestehe ein zukünftiger Bedarf an 26.300 zusätzlichen Grundschullehrerinnen und –Lehrern.

Hier findet ihr die vollständige Studie: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/september/lehremangel-in-grundschulen-bis-2030-groesser-als-bislang-erwartet/>

Aus dem Wahlkreis Weinheim

Klimakrise wird im Wald sichtbar

Begehung im Vorderen Odenwald

Der Klimawandel trifft die Wälder mit nicht geahnter Wucht. Dürre, Hitze und Schädlinge setzen den Waldbäumen mit einer Geschwindigkeit zu, die das Naturgefüge ins Wanken bringt. Das wurde bei meiner Waldbegehung im Stadtwald des Weinheimer Ortsteils Ritschweier deutlich. 40 Bürgerinnen und Bürger zogen mit den Forstexperten Sebastian Eick und Markus Stähle 2 Stunden durch den Wald, in denen sich viel Nachdenklichkeit breit machte.

Die Forstleute wollten die Menschen sensibilisieren und dafür gewinnen, sich für die Gesundheit und den Erhalt der Wälder einzusetzen. Die Reaktionen und Fragen vieler Besucher zeigten, dass ihnen das auch gelungen ist. Forstdirektor Sebastian Eick, stellvertretender Leiter des Kreisforstamts, und Forstamtmann Markus

Stähle, Leiter des hiesigen Forstreviers, zeigten bei dem Rundgang an vielen Stellen, wie der Klimawandel schon länger dem Wald zu schaffen macht.

Der Stadtwald Weinheim ist 1.090 Hektar groß. Es überwiegen Laubmischwälder. 2/3 sind Laubbäume (Buche, Eiche, Bergahorn, Esche u. a.), 1/3 sind Nadelbäume (Douglasie, Fichte, Lärche, Kiefer). Eingewanderte Krankheiten und Pilze machen den durch Hitze geschwächten Bäumen immer mehr zu schaffen. Die von Eick geschilderte Waldgeschichte machte deutlich, dass die Wälder bereits eine durchschnittliche Erwärmung von ein bis eineinhalb Grad verkraften müssen. Nun werden Schäden immer sichtbarer, ein schleichender Prozess geht vonstatten. Deutlich wurde es am Beispiel der Buche, die großflächig im hiesigen Wald „zu Hause ist“. Zunehmend schaffen es die jungen Bäume nicht mehr, den Bedingungen Stand zu halten. Die Forstleute machten deutlich, dass es in Zukunft um Waldumbau gehe, für den es aber kein Patentrezept gebe. Jeder Standort verlange seine eigenen Antworten. In den Gesprächen wurde deutlich, dass es die Aufgabe der gesamten Gesellschaft ist, den Wald als Ganzes zu erhalten und ihn in einem guten Zustand an die kommenden Generationen weiter zu geben. Die Wälder haben eine enorm wichtige Rolle für die Lebensqualität und Erholung der Menschen. Sie leisten darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, indem sie den nachwachsenden und klimafreundlichen Rohstoff Holz liefern, in dem klimaschädlicher Kohlenstoff aus der Atmosphäre über lange Zeiträume hinweg gespeichert werden kann. Unser Fazit: Wir waren im Wald, weil wir die Augen vor dem sich ändernden Klima nicht verschließen, das Problem nicht aussitzen, sondern angehen wollen und weil wir unsere Wälder nicht sich selbst überlassen wollen. Für die zahlreich anwesenden grünen Gemeinderäte aus mehreren Bergstraßengemeinden wurde deutlich, dass ihre Kommunen für den Wald Geld in die Hand nehmen müssen.

Wichtiger Schritt zur Erhaltung des Andenkens an unsere jüdischen Bürgerinnen und Bürger

Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland werden zukünftig eng beim Erhalt und bei der Pflege der etwa 2.000 Gräber von nach Südfrankreich deportierten jüdischen Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeiten. Die drei Länder haben dafür eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Auf mehreren Dutzend Friedhöfen im südfranzösischen Raum sind etwa 2.000 Gräber vorhanden. Teilweise befinden diese sich in einem schlechten Zustand, auch eine Auflassung mancher Gräber ist zu befürchten.

Am 22. und 23. Oktober 1940 deportierten die Nationalsozialisten insgesamt 6.676 jüdische Bürgerinnen und Bürger nach Frankreich. Von diesen kamen 5.617 aus dem heutigen Baden, 825 aus dem heutigen Rheinland-Pfalz und 145 aus dem heutigen Saarland. Die Betroffenen mussten innerhalb weniger Stunden ihre Häuser verlassen und wurden mit insgesamt neun Zügen nach Gurs, einem Ort am Fuße der Pyrenäen, in das dortige, ursprünglich für spanische

Bürgerkriegsflüchtlinge errichtete, Lager gebracht. Viele der Deportierten starben im anschließenden Winter 1940/1941 in dem Lager, das aus 400 einfachen Holzbaracken bestand. Sie wurden auf dem angrenzenden Lagerfriedhof beigesetzt. Andere Deportierte wurden in Außenlager, zum Teil weit von Gurs entfernt, weiterdeportiert und verstarben dort oder auf dem Weg dorthin. Überlebende wurden schließlich in die Vernichtungslager verschleppt und ermordet, nur wenige der Jüdinnen und Juden aus Baden, Rheinland-Pfalz und dem Saarland kehrten in ihre Heimat zurück. Gerade in Zeiten eines erstarkenden Antisemitismus muss es ein besonderes Anliegen sein, die Erinnerung an die Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes, an die über 6.000 nach Gurs deportierten jüdischen Bürgerinnen und Bürger, wachzuhalten. Aktuell finden Arbeiten auf drei der über 30 Friedhöfe statt, auf denen noch Gräber von deportierten Juden vorhanden sind. Auf dem kommunalen Friedhof von Portet-sur-Garonne beispielsweise, einer Gemeinde in der Nähe von Toulouse, werden derzeit 246 Gräber neu gestaltet und mit hochwertigen Granitplatten versehen. Die Arbeiten werden den Vorgaben jüdischer Sachverständiger entsprechend ausgeführt. Im Oktober 2020 jährt sich die Deportation zum 80. Mal. Die drei Bundesländer haben aus diesem Anlass eine Wanderausstellung bei der Gedenk- und Bildungsstätte „Haus der Wannseekonferenz“ in Berlin zu diesem Thema in Auftrag gegeben. Sie wird voraussichtlich in über 30 Städten im Südwesten Deutschlands und auch in französischen Städten zu sehen sein.

Bevorstehende Termine!

Fridays for Future

Edingen-Neckarhausen: Der BUND u.a. rufen zur Fahrraddemo nach Heidelberg auf. Treff um 10 Uhr am Bürgermeister-Reinle-Platz

*Weltweiter
Klimastreik am 20.
September 2019
Aktionen hier bei
uns*

Hemsbach: Die Grün-Bunte Liste ruft zur Demo auf. Treff um 11.30 Uhr Parkplatz Bahnhof Ostseite

Weinheim: Demo von FfF Weinheim. Treff um 10.45 Uhr im Schlosspark unter dem Balkon des OB

Autofreier Tag in Hirschberg

Sonntag, 22. September 2019, 11 Uhr bis 15 Uhr; Leutershausen, Raiffeisenstraße

Öffentliche Trassenbegehung für den

Mittwoch, 18.9.2019: Edingen-Neckarhausen; Start 16:30 Uhr an der Parkfläche beim Blumenfeld gegenüber des Edinger Bahnhofs

**Radschnellweg
Heidelberg –
Mannheim**